beratende Mitglieder

Khaliji, Erika	fraktionslos	
Krug, Wolfgang	fraktionslos	
Eschig, Ulrike	fraktionslos	Vertretung für Herrn Michael Bielecke
Engels, Anna-Larissa	fraktionslos	Vertretung für Herrn Stephan Wittkampf
Uelner, Susanne	fraktionslos	Vertretung für Herrn Kai Berger bis 19:10 Uhr

Es fehlten entschuldigt:Sachkundige Bürger SPD

Berges, Gisela	SPD
----------------	-----

Sachkundige Bürger UWG

Goldbach, Ulrike	UWG
------------------	-----

beratende Mitglieder

Berger, Kai	fraktionslos
Bergers, Gerd-Willi	fraktionslos
Bielecke, Michael	fraktionslos
Wittkampf, Stephan	fraktionslos

von der Gesamtschule Marienheide:

Frau Sändka (bis einschließlich TOP 1 der öffentlichen Sitzung)

von der Verwaltung:

Herr Eggert
Herr Garn
Frau Dresbach-Bonzel

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Schul- und Sportausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Gesamtschule Marienheide; Einrichtung integrative Lerngruppe	Drucksache Nr. BV/030/12
----------	---	------------------------------------

Herr Eggert verweist auf die Beschlussvorlage und erläutert Grundsätzliches hinsichtlich der Beschulung von Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Im Anschluss werden durch Frau Sändker, Leiterin Abteilung I (Jg. 5-7) der Gesamtschule Marienheide, weitere Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt gemacht.

Bisher seien an der Gesamtschule Marienheide lediglich SchülerInnen mit sozialem und emotionalem Förderbedarf sowie mit Bedarf an Sprachförderung im Gemeinsamen Unterricht (GU) beschult worden. Diese Kinder seien ohne Bildung einer integrativen Lerngruppe auf die einzelnen Klassen des jeweiligen Jahrgangs verteilt im GU unterrichtet worden.

Schülerinnen und Schüler mit einem Förderbedarf im Bereich des Lernens haben in der Vergangenheit entsprechende Förderschulen besucht.

Vor dem Hintergrund der UN Behindertenrechtskonvention besteht die Möglichkeit, diese Kinder an Regelschulen im zieldifferenten Unterricht, d.h. in integrativen Lerngruppen, zu beschulen.

Im Schuljahr 2012/2013 würden fünf Kinder mit unterschiedlichem, bereits festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf (Lernen: 3 Kinder, Sprache:1 Kind, emotionale und soziale Entwicklung: 1 Kind) zusammen mit zwanzig anderen Kindern in einer Klasse lernen.

Herr Eggert macht deutlich, der Einrichtung einer integrativen Lerngruppe könne nur unter der Bedingung zugestimmt werden, dass hierfür keine zusätzlichen finanziellen Mittel erforderlich werden.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Einrichtung einer integrativen Lerngruppe (zieldifferent) in einer der fünf Parallelklassen des Jahrgangs fünf im Schuljahr 2012/13 der Gesamtschule Marienheide mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung wird gem. § 20 Abs. 8 SchulG unter der Bedingung zugestimmt, dass hierfür keine zusätzlichen finanziellen Mittel erforderlich werden.</p> <p>Für die Einrichtung von integrativen Lerngruppen im Jahrgang fünf weiterer Schuljahre ist ein erneuter Antrag zu stellen.</p>	
	Drucksache Nr.

2	Entwicklung Schülerzahlen; Sachstandsbericht	IV/025/12
----------	---	------------------

Die Informationsvorlage wird durch Herrn Eggert näher erläutert.

Es wird auf den prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen im Bereich der Grundschulen aufmerksam gemacht, der aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwarten sei.

Darüber hinaus wird auf die unausgewogene Verteilung der Schüler mit Migrationshintergrund am Schulstandort Leppestraße hingewiesen. Die Gemeinschaftsgrundschule Marienheide weist für das Schuljahr 2011/2012 einen Aussiedler/Ausländeranteil von nahezu 50 % auf, wobei die Katholische Grundschule lediglich einen Aussiedler/Ausländeranteil in Höhe von ca. 3,5% habe.

Des Weiteren wird deutlich gemacht, dass an der KGS Marienheide lediglich 53,5% der Schüler dem katholischen Glauben angehören.

Für den Bereich der Gesamtschule wird festgestellt, dass sich die Übertrittsquote der Marienheider Grundschulen in die Jahrgangsstufe 5 der Gesamtschule zum Schuljahr 2012/2013 sehr negativ darstelle. Lediglich 24,4 % der Viertklässler hätten sich an der Gesamtschule Marienheide angemeldet. Von der GGS Marienheide und GGS Müllenbach würden jeweils lediglich 9 Schüler zur Gesamtschule wechseln.

Ohnehin seien die Anmeldezahlen der Gesamtschule für die Sekundarstufe I für das kommende Schuljahr zurückgegangen. Derzeit lägen 136 Anmeldungen vor.

Es schließt sich im Ausschuss eine rege Diskussion an.

Bezüglich der geringen Übertrittsquote eigener Kinder zur Gesamtschule Marienheide sieht der Ausschuss das Erfordernis einer eingehenderen Elternberatung in den Grundschulen.

Frau Khaliji erklärt, dass die Eltern der Viertklässler im Beratungsgespräch, das im Zusammenhang mit der erteilten Schulempfehlung für ihr Kind stattgefunden habe, auf die Schulwahlmöglichkeit Gesamtschule hingewiesen worden seien.

Hinsichtlich der niedrigen Übertrittsquote an ihrer Schule beabsichtigt sie eine Elternbefragung durchzuführen, um festzustellen, warum die Eltern eine andere weiterführende Schule als die der Gesamtschule Marienheide gewählt haben.

Es wird festgestellt, dass sich insbesondere Aussiedlerfamilien gegen die Schulform Gesamtschule entscheiden.

Herr Rittel schlägt vor, einen Arbeitskreis einzurichten, der insbesondere zur Aufgabe hat, die Akzeptanz der Gesamtschule Marienheide in der Grundschulleiterschaft zu erhöhen.

Vorgesehen ist, dass diesem Arbeitskreis Vertreter der Verwaltung und je ein Vertreter der Schulleitungen sowie der Ratsfraktionen, die noch zu benennen sind, angehören sollen. Eine zeitnahe Gründung wird vorgeschlagen, wobei die Verwaltung die Koordination übernehmen soll.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3	Offene Ganztagsgrundschule Müllenbach; Einrichtung zweite Gruppe	Drucksache Nr. BV/026/12
----------	---	------------------------------------

Die ausführlichen Erläuterungen der Beschlussvorlage werden verwaltungsseitig nochmals skizziert.

Seitens des Ausschusses wird festgestellt, dass bereits in Kindertagesstätten eine starke Nachfrage nach Ganztagsbetreuungsplätzen bestehe. Hieraus könne abgeleitet werden, dass auch künftig zunehmend OGS-Plätze benötigt werden. Dies sei auf veränderte gesellschaftliche Strukturen zurückzuführen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>In der OGS Müllenbach wird im Schuljahr 2012/13 eine zweite Gruppe eingerichtet. Sofern die Rahmenbedingungen den Bestand der zweiten Gruppe über das Schuljahr 2012/13 hinaus ermöglichen, wird die OGS Müllenbach mit zwei Gruppen fortgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Einrichtung der zweiten Gruppe notwendigen weiteren Verfahrensschritte zu veranlassen.</p>	

4	Offene Ganztagsgrundschule Marienheide; Einrichtung dritte Gruppe	Drucksache Nr. BV/029/12
----------	--	------------------------------------

Verwaltungsseitig wird auf die vorliegende Beschlussvorlage verwiesen. Aufgrund der gemachten Ausführungen bei der OGS Müllenbach ergibt sich zu diesem Tagesordnungspunkt kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Frau Khaliji verdeutlicht, wie wichtig es sei, ausreichend OGS-Plätze zur Verfügung zu stellen, da das Angebot an OGS-Plätzen zunehmend Auswirkungen auf das Anmeldeverhalten haben werde. Es habe bereits von den Eltern verschiedentlich Äußerungen dahingehend gegeben, das Kind an einer Grundschule außerhalb des Gemeindegebiets anzumelden, wenn man nur dort einen OGS-Platz angeboten bekomme.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>In der OGS Marienheide wird im Schuljahr 2012/13 eine dritte Gruppe eingerichtet. Sofern die Rahmenbedingungen den Bestand der dritten Gruppe über das Schuljahr 2012/13 hinaus ermöglichen, wird die OGS Marienheide mit drei Gruppen fortgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Einrichtung der dritten Gruppe notwendigen weiteren Verfahrensschritte zu veranlassen.</p>	

5	Auswirkungen der Genehmigung der Sekundarschule Engelskirchen	Drucksache Nr.
---	--	----------------

Herr Eggert erläutert die Situation hinsichtlich der Gründung einer Sekundarschule in Engelskirchen.

Die Bezirksregierung Köln habe mit Verfügung vom 03.02.2012 die Errichtung einer Sekundarschule in Engelskirchen zum 01.08.2012 genehmigt. Die Sekundarschule sei mit drei Parallelklassen pro Jahrgang genehmigt worden. Die Genehmigung stehe unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass bei der Errichtung die Zahl von mindestens 75 Anmeldungen von Kindern aus dem Gemeindegebiet von Engelskirchen unterschritten werde.

Im Vorfeld der Genehmigung hätten die Gemeinden Marienheide und Lindlar sowie auch die Stadt Gummersbach Bedenken gegen die Gründung der Sekundarschule erhoben. Daher habe bei der Bezirksregierung Köln ein Mediationsgespräch stattgefunden. Die Bedenken aus Lindlar seien eher allgemeiner Natur gewesen, die Stadt Gummersbach habe bei einer mehr als dreizügigen Sekundarschule eine Gefährdung der Gesamtschule Derschlag gesehen (bei mind. 100 gemeindeeigenen Kindern aus Engelskirchen wäre eine vierzügige Sekundarschule in Engelskirchen denkbar).

Die Gemeinde Marienheide gehe davon aus, dass aufgrund der Einrichtung der Sekundarschule in Engelskirchen die aus dem Gebiet Engelskirchen an die Gesamtschule Marienheide einpendelnden Schülerinnen und Schüler zu einem großen Teil ausbleiben werden.

Es sei davon auszugehen, dass mittel- und langfristig die Schülerzahlen der Gesamtschule im Bereich der Sekundarstufe I erheblich zurückgehen, was zur Folge habe, dass die Gesamtschule künftig evtl. nur noch 4-zügig betrieben werden könne. Erschwerend komme hinzu, dass auch die Stadt Gummersbach über die Gründung einer Sekundarschule nachdenke.

Die Bezirksregierung Köln führe in ihrer Verfügung vom 03.02.2012 an, eine (noch nicht belegte) Reduzierung der Zügigkeit auf vier Züge würde die Gesamtschule Marienheide in ihrem Bestand nicht gefährden, sondern lediglich den Investitionsaufwand der derzeitigen PPP-Maßnahme, dem eine Fünfügigkeit in der Sekundarstufe I zugrunde liege, teilweise negieren, sodass bei Abwägung der schutzwürdigen Interessen von Marienheide und Engelskirchen zugunsten einer Errichtung der Sekundarschule in Engelskirchen entschieden wurde.

Entgegen der ursprünglichen Informationen sei verwaltungsseitig entschieden worden, kein Rechtsmittel gegen die vorgenannte Genehmigung einzulegen.

Bis zum 05.03.2012 hätten 70 Anmeldungen gemeindeeigener Kinder aus Engelskirchen vorgelegen. Dennoch sei, wie zwischenzeitlich bekannt wurde, seitens der Genehmigungsbehörde eine mündliche Zusage zur Schulgründung erteilt worden. Ausschlaggebend hierfür sei die durch die Stadt Gummersbach und die Stadt Wiehl erteilte Zustimmung gewesen, fünf aus deren Stadtgebiet vorliegende Anmeldungen für die Errichtung mit zu berücksichtigen. Dies führe dazu, dass diese fünf Schüler dem erforderlichen Quorum hinzugerechnet werden, sodass hierdurch die für die dreizügige Eingangsklasse geforderte Mindestzahl von 75 „eigenen“ Schülern erreicht werde. Die bei einem solchen Vorgehen notwendige Abstimmung einer überörtlichen Schulentwicklungsplanung, dazu hätte dann auch die Gemeinde Marienhei-

de gehört, sei unterlassen worden. Die Bezirksregierung halte die Zustimmung der Städte Wiehl und Gummersbach zur Aufnahme der 5 Schüler für ausreichend.

Angesichts dieser Interpretation der Rechtslage sei eigentlich die Frage nach Rechtsmittel einlegung gegen die Genehmigungsverfügung zu prüfen, da infolge der Abweichung vom Quorum, dessen nun vorgenommene Auslegung nicht Gegenstand des Mediationsverfahrens gewesen sei, die Gemeinde Marienheide neu beschwert werde.

Nach dem Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2012/2013 könne bereits jetzt festgestellt werden, dass sich die Anmeldezahlen aus dem Raum Engelskirchen im Verhältnis zum Vorjahr erheblich verringert hätten. Auch sei bekannt geworden, dass die Gemeinde Engelskirchen Eltern aus ihrem Bereich kontaktiert hätten, um auf deren bereits getroffenen Schulwahl (Gesamtschule Marienheide) Einfluss zu nehmen.

Herr Krug, Rektor der Gesamtschule, teilt im Übrigen mit, dass für die Sekundarstufe II derzeit 130 Anmeldungen vorliegen, die nicht alle berücksichtigt werden könnten.

6	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

Herr Eggert informiert den Ausschuss darüber, dass Themen den Stärkungspakt betreffend in der nächsten Ausschusssitzung behandelt werden.

Frau Meckel fragt an, ob die Zaunanlage am Fußballplatz künftig nicht mehr die ursprüngliche Höhe von 4 m haben werde.

Hierzu wurde nach der Sitzung folgende Auskunft des Gebäudemanagements eingeholt: Es konnte diesbezüglich noch keine abschließende Klärung erfolgen.

Die Angelegenheit werde mit dem PPP-Betreiber, der Firma Goldbeck, verhandelt.

Vorsitzende/r:

gez.
Wilfried Fernholz

Schriftführer/in:

gez.
Beate Dresbach-Bonzel

gesehen:

gez.
Hartwig Eggert